

Das Spital gesundschrumpfen?

SP Einsiedeln fasste Parolen für den 22. September

Am letzten Dienstag standen mit Urs Birchler, CEO ad interim Spital Einsiedeln, und mit Regierungsrat Othmar Reichmuth zwei Männer mit auf regionaler und kantonaler Ebene grossen Aufgaben Red und Antwort.

SP Parteipräsident Johannes Borer eröffnete den Abend und spielte Urs Birchler den Ball zu: Auffallend sei der negative Jahresgewinn von minus 7,16 Millionen Franken bei einem gehaltenen Betriebsertrag von 42,9 Millionen und 3 Prozent mehr Pflegetagen.

Weichenstellung Ende Oktober

Birchler erinnerte an die erfolgreiche Rettung des Spitals im Jahre 2011, führte dann aber nach, wâäie mit der Einführung der Fallpauschalen sich die finanzielle Lage des Spitals stetig verschlechtert habe. Gleichzeitig sei massiv investiert worden. Das sei jedoch fast überproportional geschehen und vielleicht zu gross für Einsiedeln: Dieses Spital müsse ebenso effizient sein wie eine Hirslanden-Klinik in Zürich. Mit 35 abgebauten Stellen bei sieben Kündigungen sei der Personalaufwand jetzt im Griff, auf der Pflegeabteilung gebe es sogar noch freie Stellen.

Birchlers Motto bei Arbeitsantritt «So kann es nicht weitergehen» setzt er um: «Wir setzen nicht mehr auf den ambulanten Bereich, dafür gibts in Einsiedeln genug Arztpraxen. Lieferanten haben wir gewechselt, die Materiallieferung wird mit Lachen und Schwyz koordiniert, die



Von links: Urs Birchler, CEO ad interim Spital Einsiedeln, Regierungsrat Othmar Reichmuth, Ständeratskandidat der CVP, und Kantonsrat Andreas Marty, Nationalratskandidat der SP. Foto: zvg

alten Betriebssysteme im IT-Bereich werden ausgewechselt.» Ein guter Rettungsdienst und Orthopädie seien wichtig, ebenso auch die Kooperation mit einem Strategiepartner.

Bis Ende Oktober 2019 werde entschieden, ob dieser Weg weiterverfolgt werden soll. Zur Frage des Landkaufs erklärt Birchler klar, dass das Spital das Grundstück in den nächsten 100 Jahren nicht braucht. Einem Verkauf steht nichts entgegen. Die Parteiversammlung beschliesst die Ja-Parole.

Überraschungsgast der CVP

Als Überraschungsgast stellt sich Regierungsrat und Baudirektor Othmar Reichmuth, CVP-Kandidat für den Ständerat, den Fragen der Genossen und Genossinnen. Eher unfreiwillig erst als Gemeinderat, dann als Gemeindepräsident von Illgau in der Politik angekommen, schaffte er

nach 14 Jahren Geschäftsführung der OAK (Oberallmeind-Kooperation) den Sprung in den Regierungsrat.

Dort sind Verkehr, erneuerbare Energien, Gesundheitsfragen und Altersvorsorge sein Fokus. Wichtig wäre ihm als Ständerat ein vernünftiges Verhältnis zur EU und ein Rahmenabkommen mit der EU als Ersatz für den EWR. Was seine Profilierung gegenüber Mitkonkurrent Kaspar Michel von der FDP betrifft, nennt Reichmuth die Bereiche Finanzen und Energie. Angesprochen auf die illegale Entsorgung von Material im Brunner Seebecken bleibt Reichmuth in seiner Erklärung ruhig, überlegt und souverän und zeigt damit klar seine charakterlichen Stärken.

Nein zur Bezirksordnung

Die neue Bezirksordnung wird heftig, aber konstruktiv diskutiert: Eine Systemänderung ste-

he fremd im Kanton, wo das Mitbestimmungsrecht auch im Kantonsrecht liege. Eine Person für die Kandidatur des Landschreibers könne grossen Einfluss auf die anstellenden Bezirksräte haben, wo doch das Volk eher in seine eigenen politischen Rechte vertraue als in die Politiker. Die Vorlage wird abgelehnt. Unbestritten blieb die neue Parkgebühren-Ordnung.

Ein Votum für Andreas Marty

Das Schlussvotum lag ganz bei Andreas Marty, Nationalratskandidat der SP aus unserer Region. Er wohnt seit 2010 in Einsiedeln, arbeitet als selbstständiger Kundenmaurer und ist seit 19 Jahren Kantonsrat. Er kritisiert die anstehende Steuersenkung als reine Wahlpropaganda und ersten Schritt für nächste Abbaumassnahmen: die Prämienverbilligung ist reduziert, Richtzahlen für Schulklassen werden grösser, die Steuereintrittsschwelle im Kanton ist bei den tiefsten in der Schweiz und belastet vor allem die geringsten Einkommen, Kantonsangestellte verzichten seit Jahren auf einen Teuerungsausgleich.

Daneben würde sich der Kanton aber einen defizitären Steuerfuss für juristische Personen von jährlich 4 Millionen Franken leisten und durch privilegierte Dividendenbesteuerung auf jährlich 104 Millionen verzichten. Marty setzt sich ein für Energie- und Umweltfragen, den öffentlichen Verkehr, Frauenrechte, Prämienverbilligungen für Familien und mittlere Einkommen, sowie für die in Vorbereitung stehende kantonale Kinderbetreuungsinitiative. Damit qualifiziert er sich definitiv für die Wahl in den Nationalrat.